

*Neutatz, Dietmar/Zimmermann, Volker (Hgg.): Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag.*

Klartext Verlag, Essen 2006, 394 S.

Der vorliegende Band ist Detlef Brandes zum 65. Geburtstag gewidmet und enthält zwanzig Studien, die das Themenfeld des von Brandes geleiteten Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf umspannen. Bei den meisten beteiligten Autoren handelt es sich um gegenwärtige oder ehemalige Düsseldorfer Kollegen/-innen, Studenten/-innen und Doktoranden/-innen des Geehrten; vertreten sind aber auch tschechische Historiker/-innen wie Jan Křen, Alena Míšková und Jiří Pešek, die mit Brandes persönlich und seinem Institut eng verbunden sind.

Vom Genre her reichen die Beiträge von eng konzipierten Studien (z.B. der interessanten Fallstudie Dmytro Myeshkovs zum Thema sozialer Kontrolle in den menonitischen Gemeinden des Schwarzmeergebiets) über Teilstudien aus gerade laufenden größeren Forschungsprojekten (z.B. der scharfsinnige Artikel von Volker Zimmermann zum deutsch-polnischen Thema der zeitgenössischen Erklärungen für die Kriminalität im Osten des Deutschen Kaiserreiches) bis hin zu einem Rezensionsskizze von Jan Křen über eine wenig bekannte Synthese zum Thema Zwangsaussiedlungen.

Die meisten Beiträge befassen sich mit der Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen, auf diese Aufsätze konzentriere ich mich in meiner Besprechung: Nina Lohmann widmet sich dem „Verein für Geschichte der Deutschen in den Sudetenländern“ während der Protektoratszeit. Sie kommt zu dem Schluss, dass der Verein mit seinen Geschichts- und Heimatforschungen eng in den nationalsozialistischen Wissenschaftsbetrieb eingebunden und nicht gegen die NS-Politisierung resistent war. Eine umfassende Bewertung der Vereinspublikationen und -tagungen stehe aber noch aus.

Andreas Wiedemann legt Ergebnisse aus seiner jüngst erschienenen Dissertation über die Neubesiedlung des tschechischen Grenzgebiets 1945-1948 vor, wobei er einen Einblick in die Konflikte der dort entstehenden neuen Gesellschaft bietet. Kurz stellt er die Besiedlungspläne der tschechoslowakischen Regierung und das Verhältnis zwischen alten und neuen Siedlern im Grenzgebiet vor und beschreibt sowohl die Situation der Deutschen vor der Zwangsaussiedlung als auch das Schicksal

derer, die in der Tschechoslowakei bleiben konnten, aber aus den grenznahen Gebieten ins Binnenland umgesiedelt werden sollten. Es ist schade, dass Wiedemann seinen Ausführungen keine klare Forschungsthese voranstellt; ähnlich unscharf bleibt auch der Schluss des Textes.

Jiří Pešek präsentiert erste Ergebnisse seines Forschungsprojektes über die Studentenschaft der Prager Deutschen Universität in der Zeit des Protektorats. Anhand einer statistischen Auswertung der Universitätsmatrikeln belegt er einen hohen Anteil von Studierenden aus dem „Altreich“ sowie deren starkes politisches Engagement. Mehr als 80 Prozent aller Studenten und Studentinnen seiner Stichprobe bezeichnet Pešek als „junge NS-Arrivisten“ (S. 162). Während in der Dozentenschaft die Neuankömmlinge aus dem „Altreich“ die Oberhand gewannen, so Pešek, trug der Zustrom linientreuer Studierender aus dem „Altreich“ zur Eingliederung der Universität in die Reichsstrukturen und zur Tilgung von Autonomie bei.

Alfons Adam befasst sich mit den deutschen Parteien in den Prager Kommunalwahlen zwischen 1919 und 1938, wobei er vor allem auf Koalitionsbildungen vor und unmittelbar nach den Wahlen fokussiert. Dabei berührt er zwar wichtige Themen wie die Beziehung zwischen kommunalen Wahlkämpfen und der allgemeinen Politik der deutschböhmischen Parteien oder deren Einstellungen gegenüber jüdischen Parteien, bleibt aber doch allzu sehr an der Oberfläche. Auch die gut gewählten Illustrationen hätten eines Kommentars bedurft (z.B. S. 238).

Alena Mišková betritt mit ihrer Studie über die Eigentumsverhältnisse in der tschechoslowakischen Industrie während der ersten Nachkriegsjahre ein Themengebiet, für das dem deutschen Leser bisher praktisch keine Literatur zur Verfügung steht. Der deutsch-tschechische Aspekt ist hier vor allem in der Fragestellung präsent, wie man Ersatz für ausgesiedelte deutsche Arbeitskräfte in den Grenzgebieten suchte (S. 283 ff.). Wichtig ist hier auch die Tatsache, dass einige deutsch-jüdische Überlebende, als sie nach 1945 aus den Konzentrationslagern zurückkehrten, Probleme mit den Restitutions ihres Vermögens hatten, was vor allem auf die Politik der KPTsch zurückging.

Christoph Cornelißen diskutiert die Haltung der SPD zum so genannten Prager Frühling und vor allem das Verhalten der westdeutschen Sozialdemokraten zu der Intervention der Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten im August 1968. Den weit verbreiteten Vorwürfen, die von Egon Bahr und Willy Brandt praktizierte Entspannungspolitik habe die Position der UdSSR in Ostmitteleuropa gestärkt, setzt Cornelißen die These entgegen, die „neue Ostpolitik“ habe auf Realismus und richtigen Zukunftsprognosen in der Führung der SPD beruht.

Der folgende Aufsatz von Dietmar Neutatz ist meiner Ansicht nach geeignet, eine Debatte auch über die wissenschaftliche community hinaus anzuregen, zudem enthält er problematische Punkte, die – wenn ich mir hier eine solche Behauptung ohne statistische Belege leisten darf – unter deutschen Historikern und Journalisten immer wieder auftauchen; aus diesem Grund möchte ich dem Text größeren Raum widmen.

Neutatz diskutiert in seinem Artikel die Frage, ob die Vertreibung und Zwangsausiedlung der Sudetendeutschen historisch notwendig war und ob sie die Grundlage für eine stabile Ordnung bildete (S. 339). Mit fünf Varianten historischer Alternativen begibt er sich auf das Feld der virtuellen – oder kontrafaktischen – Ge-

schichte; unter anderem denkt er an die „Schaffung einer größeren überstaatlichen Organisationsform, etwa eines Staatenbundes oder Bundesstaates“ (S. 345). Obwohl Neutatz ein gutes Beispiel dafür bietet, wie man Geschichte für eine breitere Leserschaft attraktiv machen kann, halte ich das Ergebnis nicht für gelungen. Neutatz gibt zwar selbst einige wichtige Gründe dafür an, warum andere als die gewählte Lösung der „sudetendeutschen Frage“ nach dem Zweiten Weltkrieg keine Aussicht auf Erfolg hatten, doch gewinnt bei ihm ein moralisierendes Herangehen die Oberhand, hinter dem die Fakten zurücktreten. Zum Beispiel erkennt Neutatz zwar an, dass die von ihm als Arbeitsthese aufgestellte Parallele der Situation der Sudetendeutschen zu derjenigen der Österreicher umstritten ist (S. 352), kehrt aber später zu dieser Parallele zurück, um sie zur Stärkung seiner virtuell-geschichtlichen Überlegungen einzusetzen, so als ob sie sich als fester Baustein erwiesen hätte (S. 353).

Das Hauptproblem besteht aber darin, dass Neutatz – ähnlich wie so viele andere Autoren – heutige rechtliche und moralische Vorstellungen und Normen in die Vergangenheit rückprojiziert. Trotz expliziter Distanzierung von der politischen Vertretung der deutschen Ausgesiedelten (S. 339) bezieht er doch immer wieder deren Sichtweise ein. Dabei ist sein moralisierender Diskurs von einer wertenden Anwendung von Modalverben wie „sollen“ und „können“ bestimmt (z.B. S. 339).

Problematisch ist auch die unzureichende Berücksichtigung historischer Fakten: Neutatz führt zwar als Ursache für das Schicksal der Sudetendeutschen nach dem Krieg die „brutale Germanisierung und Verdrängung der tschechischen Bevölkerung“ (S. 342) an. Ob er damit auch die – bloß zeitlich verschobenen – Pläne der physischen Liquidation eines großen Teiles der Tschechen mitdenkt, wird aber nicht klar. Insgesamt bleiben die Motive für die tschechische Politik gegenüber den Deutschen blass: Zu denken wäre hier zum einen an den Einfluss, den die unmittelbare Erfahrung von Grausamkeiten, Gewalt und deutscher Propaganda auf die tschechische Bevölkerung hatte. Zum anderen waren die Deutschen – mit Ausnahme der Exilierten oder aus politischen Gründen Verfolgten – bis zu den letzten Kriegstagen mit dem NS-Regime sehr konform, und zwar in solch einem Maß, dass die in diesem Zusammenhang oft verwendeten Formulierungen wie „die meisten“ oder „die Mehrheit“ nur als Euphemismus bezeichnet werden können, der dem politisch motivierten schonenden Sprachgebrauch der Nachkriegszeit geschuldet ist. Der Fanatismus der Deutschen begründete den festen Willen der Tschechen, nach dem Krieg dieselben Machtmittel wie diese anzuwenden: Enteignungen, Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen gehörten dazu. Darüber, dass an ein weiteres Zusammenleben mit den Sudetendeutschen in einem Staat nicht zu denken war, herrschte ein breiter Konsens sowohl unter den Siegermächten als auch zwischen beiden tschechoslowakischen politischen Repräsentanzen – im Exil und im Inland. In die Radikalität der Lösung durch Vertreibung und Zwangsaussiedlung ging nicht so sehr die historische Last der deutsch-tschechischen „Konfliktgemeinschaft“ ein, der Neutatz allzu großen Einfluss beizumessen scheint (S. 347 f.). Vielmehr zeigten sich hier erstens die Folgen der Zäsur, die die Brutalität der NS-Herrschaft im Umgang mit ethnischen und anderen Minderheiten bedeutete. Und zweitens entsprach die Zwangsaussiedlung der zeitgenössischen Vorstellung – auch der demokratischen Staaten – davon, wie ethnische Konflikte zu lösen seien. Auch das Verlangen nach

Rache sollten Historiker nüchtern als Faktum berücksichtigen; solch ein Herangehen bedeutet sicher keine Legitimierung des Unrechts.

Wenig überzeugend wirkt auf mich auch die „Bilanz der Vertreibung“, in der Neutatz über die Folgen der Zwangsaussiedlung auf die politische und die Rechtskultur schreibt, wobei er zu starken Ausdrücken wie „Korumpieren des demokratischen Rechtsstaates“ (S. 344) greift. Die negativen Folgen wie die politische Instrumentalisierung der Zwangsaussiedlung hängen aber mit deren Gründen nicht zusammen; die implizite – und vielleicht von Neutatz nicht einmal gewollte – Suggestion, dass das Verbleiben der Sudetendeutschen im Land die kommunistische Machtergreifung hätte abwehren können, ist falsch. Leider geht aus dem Aufsatz auch nicht hervor, ob sich der Verfasser dessen bewusst ist, dass die Entscheidung über die Zwangsaussiedlung nicht unter tschechoslowakischen Politikern fiel – so sehr diese auch dafür waren –, sondern unter den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Dass die punitiven Maßnahmen der Alliierten gegenüber den Deutschen und die völkerrechtlichen Aspekte des Themas außer Acht gelassen werden, gehört zu den weiteren Schwachstellen des Artikels. Plädiert man wie Neutatz gegen das Konzept der Kollektivschuld, sollte es einem ferner nicht passieren, zugleich z.B. von der „kollektive[n] Hypothek der tschechischen Gesellschaft“ zu sprechen (S. 345). Auch die Erwähnung des Projektes „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ unter der Leitung von Theodor Schieder sollte nicht ohne Hinweis auf dessen fachliche und politische Fragwürdigkeit geschehen (S. 335). In die gleiche Richtung geht, dass bei der Schilderung der „wildten Vertreibungen“ (S. 344) der Hinweis unterbleibt, dass die tschechoslowakische Justiz durchaus bemüht war, Übergriffe zu verfolgen, einige Fälle vor Gerichte kamen und auch geahndet wurden. Die Tatsache, dass die meisten Verstöße gegen das Gebot der humanen Durchführung des Transfers ungestraft blieben, steht auf einem anderen Blatt.

Die von Dietmar Neutatz angeführte Alternative einer anderen Durchführung der Aussiedlung (S. 348 f.), die für die Sudetendeutschen (vielleicht) nicht so traumatisch gewesen wäre, war nach 1945 keine realistische Option. Doch hätte der Verfasser seine virtuellgeschichtliche Bemühung hier mit einer interessanten Quelle unterstützen können: Es gab Überlegungen von Edvard Beneš über die Entschädigung der Sudetendeutschen und die Anrechnung ihres eingezogenen Vermögens auf künftige Reparationsleistungen. Hoffentlich liegt die Tatsache, dass diese Gedanken hier nicht genannt wurden, nicht daran, dass Edvard Beneš für manche Historiker eine Art Dämon ist.

Die Festschrift für Detlef Brandes schließt mit einem Rezensionssatz von Jan Křen über das Buch des US-amerikanischen Soziologen Bell-Fialkoff „Ethnic Cleansing“ (Basingstoke 1996) ab. Für Křen bildet dieses Buch – obwohl es sich mit den ost- und mitteleuropäischen Zwangsmigrationen nur am Rande befasst – eine wichtige Inspirationsquelle für deren Diskussion. Denn, so Křen, hier werden Zwangsaussiedlungen durch ihre ganze Geschichte hindurch beobachtet, so mancher strukturelle Aspekt wird durch Vergleiche und Kontextualisierungen verdeutlicht, die Klassifizierung der verschiedenen Typen von Gesellschaften, die zum Mittel der Zwangsmigration griffen, erweitert die Perspektive und versachlicht die Analyse. Andererseits kritisiert Křen, wie ich meine, zu Recht, dass der Begriff der

ethnischen Säuberung (ethnic cleansing) sich nicht mit Bell-Fialkoffs breiter Auffassung von Säuberungen, die unter anderem auch strategisch-politische, religiöse und ideologische einschließt, vereinbaren lasse. Křen plädiert indessen für die Bezeichnung „Zwangsumsiedlungen oder -migrationen“ (forced migrations, S. 357).

Ein weiteres interessantes Moment in Křens Betrachtungen ist auch die Kritik des Historikers an der soziologischen Herangehensweise Bell-Fialkoffs, bei der er vor allem den Zusammenhang von Zwangsmigration und Krieg zu kurz gekommen sieht, und ferner kritisiert, dass die Problematik von Anstifter- und Opfergruppen sowie wechselnder „Täter- und Opferrollen der dominant und non dominant ethnic groups“ nicht adäquat beschrieben werden könne (S. 366).

Abschließend noch ein paar Worte zur Terminologie: Ich finde es überaus bedauerlich, dass die von der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission empfohlene Begrifflichkeit nicht einmal in diesem Band eingehalten wird. „Vertreibung“ würde nach dieser Definition die Deportationen der Sudetendeutschen ohne rechtlichen Titel (also vor der Entscheidung der Potsdamer Konferenz im August 1945) bezeichnen, „Zwangsaussiedlung“ oder „Aussiedlung“ wäre der angemessene Terminus für den Transfer in der Zeit nach Potsdam. Mit der generellen Verwendung des Wortes „Vertreibung“, die im Deutschen leider Usus ist, wird hier eine Chance vertan, eine Lanze für einen differenzierten Sprachgebrauch ohne irreführende Mehrdeutigkeiten samt emotionaler und moralisierender Töne zu brechen.